

Widerstand gegen Biogasanlage ist ungebrochen

Ausschuss lehnt erneute Bauvoranfrage ab, obwohl sich Landwirt an die Vorgaben des Landratsamts hält — Doch kein Landeplatz

VON MARQUARD OCH

Zweiter Akt im Streit um die geplante Biogasanlage in Niedermirsberg: Landwirt Edmund Herbst hat erneut eine Bauvoranfrage gestellt. Er hält sich darin an die Vorgaben des Landratsamts. Am Gegenwind, der ihm nun aus dem Ebermannstädter Bauausschuss entgegen blies, änderte das allerdings nichts.

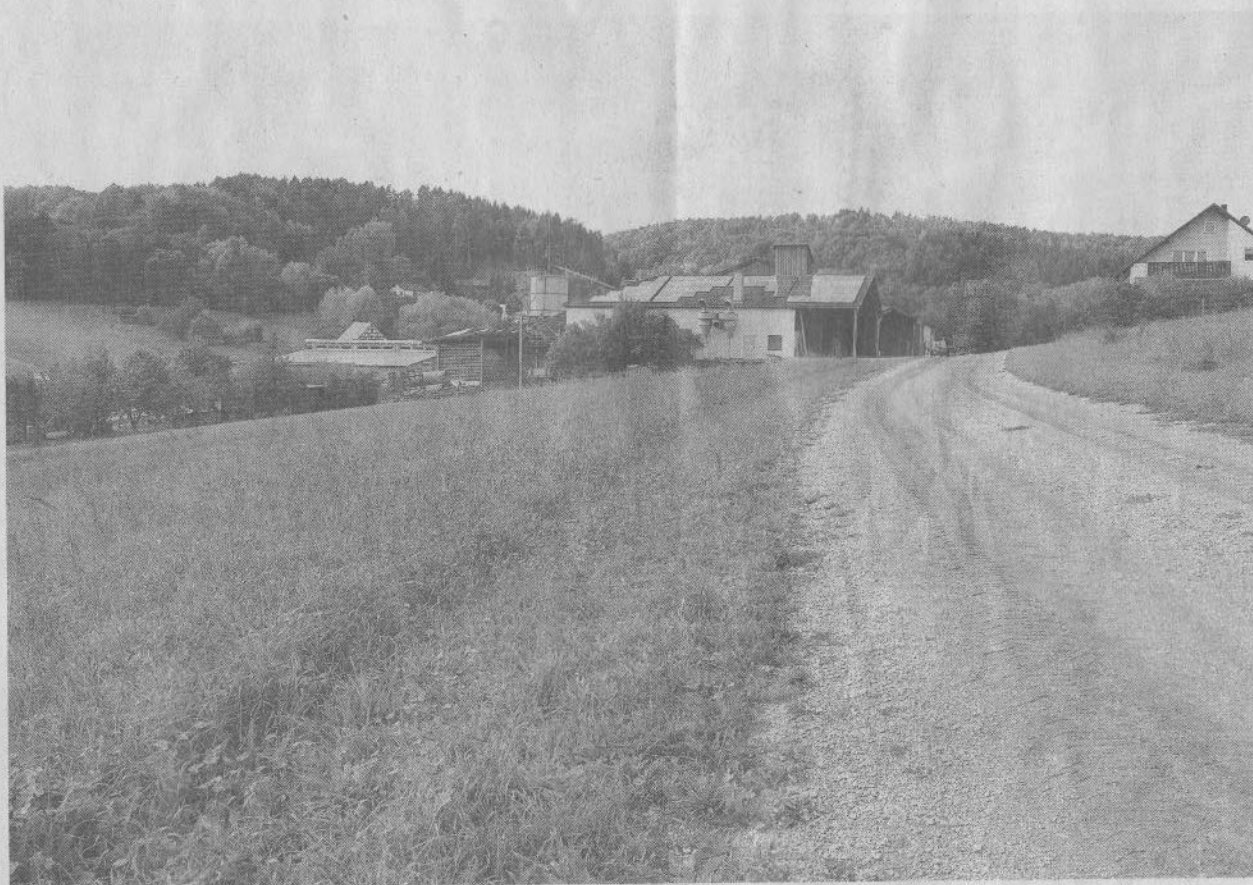
EBERMANNSTADT – Sechs Bürger aus Niedermirsberg hörten sich die Diskussion um die Anfrage zur Errichtung einer Biogasanlage mit einer Leistung von 250 Kilowattstunden am südlichen Ortseingang an. Zur – nach der Ablehnung im vergangenen Jahr (*wir berichteten*) – wieder heißen Geschichte nannte Bürgermeister Franz Josef Kraus neue Fakten: Der Bauherr habe sich an die Vorgaben des Landratsamts – Abrücken vom vormaligen Standort, Absenkung der Behälter drei Meter unter die Geländehöhe – gehalten und die spätere Eingrünung zugesichert.

In seiner Projekterläuterung hatte der Landwirt geschrieben, ein anderer Standort käme wegen der geplanten Abwärmenutzung nicht in Frage. Das wunderte den Niedermirsberger WGM-Stadtrat Thomas Redel: „Ich weiß nicht, wo der die Wärme nutzen will. Nachbarn, die da anschließen, gibt es zu 100 Prozent nicht.“

Lebensmittel verheizt

Hier würden Lebensmittel verheizt, das Landschaftsbild ändere sich durch verstärkten Maisanbau, einhergehend bedrohten Herbizide das Grundwasser, begründete Klaus Neuner seine Ablehnung. Er befürchtete aber wie Ludwig Brütting (FW-BB), der sich ebenso gegen den Standort aussprach, dass das Landratsamt einen negativen Beschluss des Gremiums aufheben werde.

Einerseits gab der Bürgermeister dem Lebensmittel-Argument recht, andererseits seien Fakten wie die Privilegierung des Vorhabens nicht von der Hand zu weisen. Jeder habe des-



Umstritten: Vor Niedermirsberg soll eine Biogasanlage entstehen. Viele Bürger sind dagegen. Archivfoto: Edgar Pfrogner

halb selbst zu entscheiden. In den Beschlussvorschlag aufgenommen wurde die Maßgabe, dass Trafo und Kabel von den Stadtwerken zu Lasten des Antragstellers gehen. Mit 6:2-Beschluss – gegen die Stimmen von Kraus und Brütting – wies das Gremium die Bauvoranfrage zurück.

Eine Entscheidung traf der Ausschuss auch in einer anderen Frage: So wenig bedacht die Räte im November 2012 dem Start- und Landeplatz für motorisierte Gleitschirmflieger auf einer Wiese bei der Kläranlage

zugestimmt hatte, desto eiliger hatte es das Gremium nach der Bürgerversammlung – und den dort von der Ortsgruppe des Bundes Naturschutz (BN) erhobenen Einsprüchen – diesen Beschluss aufzuheben und den Antrag einstimmig zurückzuweisen.

Schwere Bedenken

Von der angefragten Unteren Naturschutzbehörde seien inzwischen schwerwiegende Bedenken zu der Landwiese in der Nähe von geschützten Gebieten geäußert und eine spezielle

artenschutzrechtliche Prüfung gefordert worden, informierte der Bürgermeister. Außerdem sei der Lebensraum des Storches und anderer Wiesenbrüter sowie die Naherholungsfunktion der Wiesentaue beeinträchtigt.

Nach kurzer Diskussion und dem Eingeständnis, damals nicht ganz so genau hingeschaut zu haben, empfahl der Stadtfest die Aufhebung des früheren Beschlusses und die Verweigerung der Zustimmung zur Start- und Landwiese. Ein entsprechender

Beschluss fiel einstimmig und soll nun dem Landratsamt und dem Luftamt Nordbayern zugestellt werden. Ob sich das Luftamt in Bayreuth als Genehmigungsbehörde dem Ausschuss anschließt, bleibt abzuwarten.

Zur BN-Kritik in der Bürgerversammlung am angeblich nicht offenen Flächenmanagement sowie der geforderten Bereitstellung des Baulückenkatasters im Internet unterstrich VG-Geschäftsführer Herbert Herlitz seine Position: In einer vom Landesamt für Umwelt 2011 zur Verfügung gestellten Access-Datenbank seien derzeit für das Stadtgebiet und der VG-Gemeinde Unterleinleiter 589 Flächen und leerstehende Gebäude aufgezeigt.

Baulücken schließen

Bei einer zeitaufwändigen Pflege sei inzwischen ein einfacheres eigenes System entwickelt worden, mit dem direkt auf die aktuellen Eigentümerdaten zugegriffen werden könne. Zur BN-Behauptung, andere Kommunen würden ihr Baulückenkataster im Internet veröffentlichen, hat Herlitz festgestellt, dass nur vier Städte in ganz Deutschland ihre Baulücken zeigen – aber ohne Klardaten. Somit sei auch die Behauptung nicht richtig, andernorts könnten Bauwerber direkt mit den Eigentümern in Kontakt treten – schon aus Datenschutzgründen sei dies nicht möglich.

Herlitz empfahl, das bisherige Verfahren mit dem Kontakt über einen VG-Mitarbeiter beizubehalten. Auf diese Weise seien bereits viele Grundstücke vermittelt worden. Von aktuell 464 Objekten im Bereich der Stadt betreffe ein großer Teil die Möglichkeit der Nachverdichtung an bereits bestehenden Hauptgebäuden. Waren es kürzlich im Stadtbereich noch 15 zum Verkauf stehende Bauflächen, seien es heute noch ganze neun.

„Wenn jemand nachverdichten wollte, haben wir das noch nie abgelehnt“, erklärte Bürgermeister Kraus. „Die Unterstellung, wir machen das nicht g'scheid, stimmt ned.“ Das Gremium entschied einstimmig, das bisherige Verfahren beizubehalten.